



Zeitung der Gruppe ATTAC-COE

Seite 1

Lüdinghausen - Dülmen - Coesfeld

von Joachim F. Gogoll

die zukünftige Bahnstrecke für Atommüll nach Ahaus führt bei vielen Anwohnern fast durch das Wohnzimmer



zum Frühstück ein Blick auf hochgefährlichen Atom-Müll gefällig?

Gorleben - ein modernes Schauermärchen

Als der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen, Ernst Albrecht, Gorleben als Standort für ein „nukleares Versorgungszentrum“ auswählte, hat er das offenbar wegen der Nähe zur damals noch existierenden DDR getan. Laut Niedersächsischem Landesamt für Bodenforschung war Gorleben lediglich 3. Wahl gewesen, denn bereits in den 60er Jahren war bei der Suche nach Trinkwasser für den Großraum Hamburg festgestellt worden, dass Salzwasser in das Grundwasser (Süßwasser) eindringt. Grundsätzlich ist aufgrund der speziellen Eigenschaften von Salz eine Einlagerung mög-

lich, allerdings darf dann kein Wasser eindringen können. In die ausgewählten Lagerkavernen dringen jedoch täglich 10 Kubikmeter Wasser ein. Dadurch kann als Folge dieser Tatsache radioaktiv verseuchtes Wasser in das saubere Grundwasser bzw. Trinkwasser gelangen. Das geschieht übrigens, weil über dem Salz keine Tonschicht vorhanden ist. Fazit: der Salzstock Gorleben/Asse ist als Endlager völlig ungeeignet. Dieses ist seit 1995 bekannt - jedoch die Politik will am Endlager festhalten. Das Versuchslager Asse muss übrigens wieder geräumt werden. Kosten ca. 3,7 Milliarden

-S. Zeller-

Für viele Anwohner der Bahnstrecke zwischen **Lünen und Ahaus** wird ab Herbst 2010 eine möglicherweise ungemütliche Zeit beginnen, wenn wie beabsichtigt, aus dem Kernforschungszentrum Jülich, aus der Kernforschungsanlage in Karlsruhe und aus der sog. Atommüllkonditionierungsanlage in Duisburg-Wanheim demnächst Atommüll durch unseren Kreis Coesfeld hin ins **Zwischenlager Ahaus** transportiert wird. Wie seit einiger Zeit bekannt, sollen aus den Zwischenlagern an den obengenannten Standorten die bisher dort lagernden radioaktiven Abfälle zuerst einmal nach Ahaus gebracht werden, um dann in Zukunft in das von der schwarz-gelben Bundesregierung vorgesehene Nuklearmüllendlager **Schacht Konrad** in der Nähe von Braunschweig gebracht zu werden. Auch das in der Nähe von Wolfenbüttel als Endlager genutzte Salzbergwerk Asse II, muss nach einem Wassereintritt geräumt werden, um zu verhindern, dass das Grundwasser in dem Gebiet radioaktiv

verseucht wird. Ahaus wird diesen Atommüll, es handelt sich um ca. 214000 Tonnen) aufnehmen müssen, da niemand weiß, wohin sonst damit. Zu allem Überfluss wird z. T. der hochgefährliche Atommüll aus dem sowjetischen Atomkraftwerk in Dresden-Rossendorf, der im Jahr 2000 erst nach Ahaus kam (das kostete damals 50 Millionen Euro) diesmal nach Russland weitertransportiert. Von Dresden über Ahaus nach Russland - direkter ging es wohl nicht! Neben der Bahnstrecke durch unseren Kreis Coesfeld, gibt es noch weitere Möglichkeiten, wie der Müll teuer transportiert werden soll. Zum einen wäre da noch die Bahnstrecke über Dorsten-Coesfeld nach Ahaus, zum anderen könnte man das Zeug über die Autobahn ins **Zwischenlager** bringen. Der Kreis wäre dann zwar nicht berührt, dafür dann andere Gebiete hier in NRW. Nur damit es da keine Missverständnisse gibt: von Ahaus soll dann das Ganze zu einem späteren Zeitpunkt in so einer Art Mülltourismus weiter in den Schacht

Konrad in Niedersachsen gebracht werden. Wenn man davon ausgeht, dass jeder Transport an sich enorme Gefahren birgt, es könnte Unfälle geben, dann müssten wie Steuerzahler abhängig von der Größe des Transportes mit einem Betrag zwischen 7 und 15 Millionen Euro pro Transport rechnen. Das allein kostet der Einsatz von Polizei, Transporteuren und Streckenabsicherungen. Halten wir also fest: sollte irgendwann einmal jemand in der Politik, natürlich nicht ohne maßgebliche „Unterstützung“ eines **Lobbyisten** der Kernkraftwerksbetreiber zu der Ansicht kommen, Schacht Konrad wäre das Endlager, dann geht der Transport wieder auf die Reise. Natürlich wieder mit dem ganzen Aufwand, der in einem solchen Fall getrieben werden müsste, um der Bevölkerung zumindest ein Mindestmaß an Sicherheit vorzugaukeln. Warum also kann man das hochgefährliche Zeug nicht erst einmal dort lassen, wo es jetzt lagert und abwarten, für welche Art von Endlager man sich entscheidet?

Wollen wir das wirklich?

Die Schweiz und ihre Kopfpauschale und was das für uns bedeuten kann!

von Joachim F. Gogoll

Das einzige Land in Europa, in dem es eine Kopfpauschale im Gesundheitssystem gibt, ist die Schweiz. Jenes Land also, dass gerade in unseren Breiten für Wohlstand, Bankkonten und sicheres Einkommen steht, ein Vorreiter eines effektiven und innovativen Gesundheitssystems? Glaubt man Teilen der Politik, so wäre eine Kopfpauschale die Lösung all unserer Probleme. Allerdings wenn man genauer hinschaut, dann kommen einem erhebliche Zweifel, nicht nur darüber, ob eine Kopfpauschale wirklich eine gute Lösung sei, sondern es mehren sich die Zweifel an der Kompetenz von Politikern, die so etwas vorschlagen. Nun ist mangelnde Kompetenz in der Politik keine Seltenheit, wie öffentlich geführte Diskussionen über diverse Themen zeigen.

Gefahren für unsere Gesellschaft

Das Thema Gesundheit allerdings birgt eine Menge Sprengstoff für eine solidarische Gesellschaft und ihren sozialen Frieden. Es ist festzustellen,

dass ungeheuer viele Interessenverbände und Lobbyisten ein maßgebliches Interesse daran haben, auch das Gesundheitswesen von dem Solidarprinzip einer allgemeinen beitragsfinanzierten Krankenkasse hin zu einem System der Privatkassen zu verändern. Die Gründe dafür liegen auf der Hand.

Zerschlagung der gesetzlichen Krankenkassen

259 Milliarden Euro wurden allein im Jahre 2009 in unserem bundesrepublikanischen Gesundheitssystem eingesetzt. Und trotzdem sind sowohl Patienten als auch Ärzte diejenigen, die sich über zuwenig Geld beschweren. Daraus folgern dann Politiker wie Bundesgesundheitsminister Philip Rösler (FDP), dass zur Abwendung eines Notstandes eine radikale Umstellung des Systems erfolgen müsste. Unterstützung erhält er vor allen Dingen von sogenannten „sachverständigen“ wie Bernd Raffelhüschen, der nicht Müde wird, immer und immer wieder zu behaupten, dass eine privatfinanzierte Ge-

sundheitsversorgung das Mittel der Wahl sei, so eine Art Allheilmittel für ein angeblich krankes Gesundheitssystem. Er vergisst natürlich dabei in schöner Regelmäßigkeit zu erwähnen, dass er auf der Gehaltsliste des Allianzkonzerns steht, der durch die Zerschlagung unseres solidarischen Krankenkassenprinzips viel Geld verdienen kann, weil die Allianz private Krankenversicherungen anbietet. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Schaut man sich mal das Schweizer Modell einer Kopfpauschale an, so stellt man fest, dass es auch in der wohlhabenden Schweiz wegen der schnell steigenden Kosten im Gesundheitswesen erheblich rumort. So steigen allein die durch-

Eiskalte Lobbyarbeit zerstört unser System

schnittlichen Monatsbeiträge in der Schweiz von 173 SFR (Schweizer Franken) im Jahre 1996 auf 269 SFR im Jahre 2003. Das ist eine Steigerung von 55%. Und das nur für eine Grundversorgung. Der Arbeitgeber in der Schweiz zahlt keinen

Kosten der Kopfpauschale einer jungen Familie in der Schweiz

(2 Erwachsene, 2 Kinder - 6 u. 2 Jahre)

Kopfpauschale Vater	300 Franken p. Monat
Kopfpauschale Mutter	300 Franken p. Monat
Kopfpauschale Kind 6 Jahre	98 Franken p. Monat
Kopfpauschale Kind 2 Jahre	96 Franken p. Monat

Gesamtkosten

794 Franken p. Monat

Quelle: www.patient-informiert-sich.de

Anteil an der Krankenversicherung, nur der Arbeitnehmer zahlt alles. Ebenfalls anders als in der Bundesrepublik ist mit der Kopfpauschale in der Schweiz nur eine medizinische Grundversorgung versichert. Zahnärztliche Behandlungen sind ebenfalls nicht mitversichert. Wer mehr will, muss eine private Krankenversicherung abschließen. Jeder Schweizer kann

Eigenanteil

am Anfang des Jahres entscheiden, wie hoch sein Eigenanteil pro Jahr sein soll. Die Höhe dieses Anteils liegt zwischen 300,- und 1200,- Franken pro Jahr. Diese sind erst zu entrichten, bevor die Krankenkasse überhaupt etwas zahlen muss. Von jedem verordneten Me-

dikament zahlt der Versicherte 10% Eigenanteil, sofern es sich dabei um Nachahmerpräparate handelt, sogenannte Generika. Bei Originalmedikamenten liegt der Anteil sogar bei 20%. Auch die Beitragshöhe bei den Kassen ist bemerkenswert. Je nach Patientenstruktur, also wieviel junge oder ältere Versicherte eine Krankenkasse hat, ist der Beitrag mal höher oder niedriger. Besonders bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, dass ein und dieselbe Kasse in 2 verschiedenen Kantonen für exakt die gleichen medizinischen Leistungen, je nachdem wo man wohnt, völlig unterschiedliche Beiträge pro Monat zu leisten hat. Solch ein System wollen wir wirklich? - Joachim F. Gogoll -

An einer Privatisierung der Krankenversicherung haben letztendlich nur diejenigen ein Interesse, die daran verdienen wollen. Und das sind in erster Linie Versicherungskonzerne und Banken. Deren Lobbyisten haben schon große Teile der gesetzlichen Krankenversicherung zerstört! Und große Teile der verantwortlichen Bundespolitiker schauen einfach zu.

Eine Schande ist das!!!

Wir von Attac-COE möchten von Politikern regiert werden und nicht von Interessenvertretern der Konzerne und Unternehmensverbände. Sie auch???

Welche Energieversorgung braucht der Mensch?

Der katastrophale Ausgang der Weltklimakonferenz in Kopenhagen ist noch in ungueter Erinnerung. Die Spitze unserer neuen schwarz/gelben Regierung hat sich dort als engagierte Klimaschutzler präsentiert. Zu Hause in Deutschland aber wird eine ganz andere Umweltpolitik betrieben.

Die Regierungschefin, die sich vor der Bundestagswahl noch als Klimakanzlerin feiern ließ, zeigt plötzlich eine ganz andere Seite. So wurden z. B. die Mittel zur Förderung der regenerativen Energien gekürzt.

Das Programm zur ökologischen Gebäudesanierung wurde halbiert. Der Ausstieg aus der Kernenergie wird langsam zu Grabe getragen. Stattdessen wird plötzlich der Begriff „Brückentechnologie“ salonfähig gemacht. In CDU-Kreisen spricht man bereits von 60 Jahren Laufzeit und Herr Pinkwart FDP kann sich auch schon den Neubau von Kernkraftwerken vorstellen.

In diesem Sinne wird auch der Neubau von Kohlekraftwerken vorangetrieben, egal wie viel CO₂ sie in die Luft blasen und somit kräftig zur Klimaerwärmung beitragen.

Fühlt sich diese Regierung noch dem Wohlergehen der Bevölkerung und zukünftiger Generationen verpflichtet, wie sie es ja beim Amtsantritt geschworen hat? Oder haben jetzt die Interessen der großen Energiekonzerne und der hinter ihnen stehenden Großbanken Vorrang?

All dieses lästige und beschönigende Wahlkampfgesäusel vor der Bundestagswahl ist längst vergessen.

Zu all den politischen Zusammenhängen hier nun einige technische Fakten: zur Zeit sind die Anteile für die Erzeugung elektrischer Energie wie folgt verteilt:

Fossile Energieträger (Kohle, Oel, Gas) 57,9 %, Kernkraft 22,5 %, Regenerative (Wind, Wasser, Solar, Geothermie u. a.) 19,6 %

Die fossilen Energien erzeugen neben elektrischer Energie „nur“ ca. 500 Mill. Tonnen CO₂.

Da kann man nur sagen, pfui Teufel. Fossile und Kernkraft machen das rohstoffarme Deutschland von Importen abhängig.

Die Kernkraftwerke erzeugen nur geringe Mengen CO₂. Doch sie erzeugen eine hochgefährliche radioaktive Strahlung. Das Argument sie seien umweltfreundlicher als fossile Kraftwerke bedarf einer Richtigstellung. Damit sie die Klimaschutzfunktion (CO₂-Reduzierung) übernehmen können, müssten zu den 17 vorhandenen bis zu 50 weitere allein in Deutschland, weltweit 1500 errichtet werden!

Schätzungen von Fachleuten gehen davon aus, dass die Uranvorräte bei der jetzigen Anzahl von AKWs noch ca. 30 bis 50 Jahre reichen. Also nichts mit Umweltschutz durch AKW.

Dagegen birgt die Kernkraft wegen der radioaktiven Strahlung eine nicht akzeptierbare Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung. Sowohl für die heute lebenden Menschen, wie auch für viele, viele kommende Generationen. Hierzu einige Fakten:

kein einziges deutsches AKW ist gegen Flugzeugabstürze geschützt, rund um die vorhanden-

nen AKW treten vermehrt Fälle von Leukämie vornehmlich bei Kindern auf. Schon heute sind die Bedienungsmannschaften oft nicht in der Lage, auftretende Störfälle zu beherrschen. Weder in Deutschland noch weltweit gibt es ein einziges Endlager für radioaktiven Müll (siehe auch „Gorleben ein Schauernärrchen“), die Halbwertszeit, das ist die Zeit in der die Strahlung eines Stoffes auf die Hälfte abgeklungen ist, beträgt für Plutonium knapp 25.000 Jahre und für Uran 704 Mill. Jahre. Erinnert werden muss an dieser Stelle auch an die Beinahekatastrophen von Sellafield und Harrisburg und die erfolgte Kernschmelze von Tschernobyl.

Der einzig verbleibende Ausweg aus diesem Szenario ist die konsequente Weiterentwicklung und der Ausbau der alternativen Energieformen. Der 100-prozentige Umstieg auf erneuerbare Energien könnte in Deutschland ca. 1 Million Arbeitsplätze schaffen. Um diesen Weg gehen zu können, ist eine verantwortliche Energiepolitik und die Einsicht in diese Notwendigkeit bei den Bedenkensträgern dringend erforderlich.

Die Chancen sind gut, immerhin schickt uns die Sonne die vielfache Menge Energie als die Menschheit überhaupt braucht und das zum Nulltarif.

Konservative Politiker sind meistens resistent gegen bessere Einsichten.

Es ist Zeit, dass wir für die für die nächsten Generationen Verantwortung übernehmen und den Unsinn mit der Kernkraft beenden.

-Siegfried Zeller-



Was ist Attac?

Haben Sie sich nicht auch schon mal gefragt, was da nicht stimmt? Sie hören und lesen, dass Unternehmen weltweit operieren, dass sie zum Teil große Gewinne machen, dass jeden Tag weltweit mehrere hundert Milliarden Dollar oder Euro hin- und hergeschoben werden, um Gewinne zu mehren. In den Bilanzen werden zum Teil solche Summen als Gewinne genannt, dass man Mühe hat mit den Summen mitzukommen. Unternehmen schließen Werke hier und eröffnen neue Produktionsstrecken in sog. Billiglohnländern. Sie erfahren, dass bei uns Menschen Arbeit haben, aber dafür kaum Lohn bekommen, wie zum Beispiel bei Lidl oder Schlecker - Menschen also arm sind trotz Arbeit. Sie sind der Meinung, dass jeder, der einen ganzen Arbeitsplatz hat, auch davon menschenwürdig leben können muss. Haben Sie nicht auch schon mal Gänsehaut bekommen, wenn Sie gehört haben, unter welchen Bedingungen viele Menschen in den Entwicklungsländern leben und arbeiten müssen und, und, und...

Dann kennen Sie ja schon einige Gründe, warum sich Attac-COE im Mai 2002 gegründet hat. Wir verstehen unsere Aufgabe als Teil eines weltweit operierenden Netzwerkes darin, durch Aktionen die Menschen in unserem Umfeld zu informieren, Alternativen aufzuzeigen und dadurch den Druck auf die Politik zu erhöhen, damit sich etwas zum Positiven ändert.

Attac im Kreis Coesfeld

im Internet unter:

www.attac-coe.de

E-Mail an:

[info\(at\)attac-coesfeld.de](mailto:info(at)attac-coesfeld.de)

Impressum:

Herausgeber: Attac-COE

verantwortlicher Redakteur: Joachim F. Gogoll (v.i.S.d.P.) - für gezeichnete Artikel übernimmt die Redaktion keine Verantwortung - Druck: Eigendruck

Es ändert sich nur etwas, wenn viele das wollen und aktiv werden. Politik bewegt sich häufig nur, wenn sie muss. Helfen wir ihr dabei! Macht mit! Es gibt genug zu tun! www.attac-coe.de

ATOM- KRAFTWERKEN geht das Uran aus!

Kennen Sie Cigar Lake?

Die meisten werden sagen: nein. Wenn man Befürworter der Laufzeitverlängerung ist, sollte man von diesem Ort zumindest schon mal gehört haben. Cigar Lake liegt in Kanada, was an sich noch nichts besonderes ist. Allerdings liegt unter diesem Ort eine der größten Uranvorkommen der Welt. Und dort wird, oder besser gesagt, wurde bis vor 2 Jahren Uran abgebaut. Diese Mine, die einen Anteil von etwa 10 Prozent der Welturan-

Wassereintrich in 500 Metern Tiefe

förderung hat, ist 2008 schlicht und einfach durch einen Wassereintrich in den 500 Meter tiefen Stollen „abgesoffen“ und steht seit diesem Zeitpunkt still. Das ist nach Einschätzung einiger Marktanalysten mit einem Verlust von Saudi-Arabien für die Erdölproduktion zu vergleichen. Damit sind viele Träume der Atom-Lobby ge-

Woher Uran nehmen? das ist die Frage

platzt. Denn eins steht fest: woher die Hersteller von Kernbrennstoffen ihr Uran holen wollen, ist angesichts dieses Desasters noch nicht geklärt. Das ist eine Überraschung für viele, weil doch bisher immer gemeldet wurde: der Energierohstoff Uran

steht noch für mehr als 200 Jahre zur Verfügung. So erklärt jedenfalls das Bundeswirtschaftsministerium. Für das Ministerium sei Uran so gut zu lagern, „dass Kernenergie praktisch eine heimische Energieform“ sei. Hier hat offensichtlich starke Lobbyarbeit den Realitätssinn vernebelt. Der Jahresbericht der für Atomkraftwerke zuständigen europäischen Kontrollbehörde ESA zeigt nämlich, dass das Uran aus den bisher erschlossenen Uranminen ab 2020 nicht mehr ausreichen wird, den heutigen Verbrauch von Uran durch Kernkraftwerke zu decken. Nach Angaben der ESA gebe es zur Zeit 435 Atomkraftwerke weltweit, die etwa 70 Kilotonnen an Uran verbrauchen. Wie die ESA in ihrem Bericht ausführt,

abgewrackte Atomwaffen helfen aus

werden die Uranbestände schon seit 1990 durch Lagerbestände aus abgewrackten Atomwaffen aufgefüllt, da der Bedarf seit diesem Zeitpunkt nicht mehr mit dem neu geförderten Uran gedeckt werden kann. Kein Wort davon bei der Atomlobby, es herrscht Nebel über dem Uranmeer. Dabei kann es jeder, der es Wissen will nachlesen. Das allerdings hat die

den Grünen nahestehende „Energy Watch Group“ getan. Dort arbeitende Wissenschaftler haben den ESA-Bericht mit öffentlich zugänglichen Daten aus dem Redbook Uran Report verglichen. Dieser Report, den die Atomenergiekontrollbehörde der UN mit Namen IAEA zusammen mit der NEA, der Nuclear Energy Agency herausgibt, enthält viele der wenigen für die Öffentlichkeit zugänglichen Daten. Die Pro-Atomkraft Behörde NEA gehört übrigens der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD). Auch auf dem Uran-Markt gelten natürlich die Gesetze von Angebot und Nachfrage. So stieg der Preis für Uran zwischen 2003 und 2007 um 1300 Prozent. Jedes weitere neue gebaute Kernkraftwerk verkürzt natürlich die Verfügbarkeit von Uran. Die von der NEA vorgeschlagene Steigerung der produzierten Kernenergie von weltweit 375 auf dann 550 Gigawatt würde dazu führen, dass bereits 2025 nicht mehr genug Uran auf dem Markt wäre. Die Folge: die Kernkraftwerke würden nicht mehr ausreichend weiterarbeiten können. Und das bei solchen Milliardensummen, die ihr Bau und ihr Unterhalt kosten würde.

-Joachim F. Gogoll-

Kommentar

von Joachim F. Gogoll

Glatte Wahnsinn!

Da wird der Atomausstieg gegen den offensichtlichen Willen des Volkes aufgekündigt. Niemand weiß wohin mit dem hochgefährlichen Atom-Müll. Man transportiert ihn hierhin und dorthin, obwohl die Gefährlichkeit eines solchen Tuns auch dem dümmsten Entscheider in der Politik bekannt sein sollte.

Da wird die solidarische Krankenversicherung gegen alle Vernunft zerstört, und das entscheidend beeinflusst von Lobbyisten von Pharmakonzernen und Versicherungen, die ein natürliches Interesse an dem Geld haben, welches im bundesdeutschen Gesundheitswesen steckt, nämlich jährlich ca. 256 Milliarden Euro.

Da müssen Menschen zu zum Teil unanständig niedrigen Löhnen arbeiten und beim Staat vorstellig werden, damit der ihnen noch Geld dazu gibt, weil sie sonst nicht über die Runden kommen. Solche „Sklavenlöhne“ könnten durch einen gesetzlichen Mindestlohn verhindert werden, wie er in den meisten westeuropäischen Ländern bereits besteht. Aber nein, dagegen wehren sich CDU und FDP. Bei der Klientelpartei FDP ist das in meinen Augen kein Wunder, aber wo bleibt das christliche „C“ in der Union? Offensichtlich interessiert das in der Partei niemanden mehr. Die Finanzkrise geht munter weiter und nichts wird reguliert, damit das nicht noch mal passiert. Die Verantwortlichen zeichnen sich durch aktives Nichtstun aus. Politiker lassen es zu, dass Lobbyisten die Richtlinien der Politik bestimmen und zerstören damit das Vertrauen des Volkes in die Demokratie.

Wann gibt es endlich den Aufstand des Verstandes?

Was kostet der „Spaß“?

Experten kalkulieren den Preis für eine Kilowattstunde Atomstrom unter Berücksichtigung der wahren Kosten (Unfallversicherung, Entsorgung, Sicherung und Überwachung der Lager und, und, und) auf etwa 1,80 €. Zum Vergleich die Kilowattstunde wird heute je nach Tarif zwischen 0,15 und 0,25 € berechnet. Die Differenz von ca. 1,60 €/kWh wird dann wohl der Staat, also wir alle übernehmen müssen. Aber die großen Energieunternehmen rechnen für ein abgeschriebenes AKW mit bis zu einer Milliarde Gewinn pro Jahr. Das Ende der Story ist noch nicht abzusehen.

-siz-

Radioaktiver Müll muss mehr als 1 Million Jahre sicher gelagert werden. Wie soll das funktionieren???